

Bericht

des Unterrichtsausschusses

über den Antrag 1313/A(E) der Abgeordneten Mag. Martina Künsberg Sarre, Kolleginnen und Kollegen betreffend Unterstützungsmaßnahmen für Lehrerinnen und Lehrer hinsichtlich psychischer Probleme von Schülerinnen und Schülern

Die Abgeordneten Mag. Martina **Künsberg Sarre**, Kolleginnen und Kollegen haben den gegenständlichen Entschließungsantrag am 24. Februar 2021 im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet:

„Die seit nunmehr einem Jahr andauernde Corona-Krise hat tiefgreifende gesundheitliche, wirtschaftliche, soziale und vor allem auch psychische Auswirkungen auf die Lebensrealitäten von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen.

Laut einem Bericht der FAZ vom 05. Februar 2021 gab es bspw. 23 Prozent mehr Fälle von Gewalt an Kindern in der Gewaltambulanz der Charité im ersten Halbjahr 2020 sowie 31 Prozent mehr Online-Beratungen beim Kinder- und Jugendtelefon der „Nummer gegen Kummer“ im Jahr 2020. Laut einer Umfrage unter Psycholog_innen und Psychiater_innen nahm die Nachfrage nach Therapieplätzen im zweiten Lockdown um 45 Prozent zu. 82 Prozent von ihnen diagnostizieren häufiger Angststörungen als zuvor, 79 Prozent häufiger Depressionen, 68 Prozent häufiger Schlafstörungen.

Wie eine aktuelle Studie der Donau-Universität Krems zeigt, leidet rund ein Viertel der österreichischen Bevölkerung an depressiven Symptomen, 23 Prozent an Angstsymptomen und 18 Prozent an Schlafstörungen. Besonders gravierend sind die Ergebnisse bei jungen Menschen zwischen 18 und 24 Jahren, hier kam es zu einem sprunghaften Anstieg von rund 30 Prozent auf 50 Prozent.

Schullockdowns und lange Distance-Learning-Phasen haben sich besonders negativ auf die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen ausgewirkt. Vermehrt festgestellt wurden unter anderem Essstörungen und Depressionen bei Kindern, auch das Wiener AKH schlug Alarm, weil die Abteilung für Kinder- und Jugendpsychiatrie überfüllt war.

Umso wichtiger ist bei der Wiederaufnahme des Präsenzunterrichts daher, eine genaue Beobachtung der Schülerinnen und Schüler hinsichtlich auffälliger Verhaltensänderungen wie Traurigkeit, Desinteresse, Gereiztheit, Schlafstörungen, Wutausbrüche, Konzentrationsschwierigkeiten, Hyperaktivität oder Rückzug, um gegebenenfalls frühzeitig helfen und gegensteuern zu können.

In diesem Zusammenhang sind die Pädagoginnen und Pädagogen erneut in der Krisenbewältigung ganz besonders gefordert. Im Regierungsprogramm ist grundsätzlich eine bedarfsgerechte Aufstockung von Unterstützungspersonal (administrativ und psychosozial) vorgesehen. Um in der aktuellen Krise speziell auch im Zusammenhang mit der psychischen Gesundheit der Schülerinnen und Schüler effizient agieren

zu können, brauchen Lehrerinnen und Lehrer aber auch unmittelbare Unterstützung, wie bspw. niederschwellige Anlaufstellen, Hotlines, an die sie sich jederzeit wenden können, oder auch kurzfristige Schulungen durch die Schulpsychologie oder externe Anbieter, die sie gezielt auf diese Situationen vorbereiten. Es braucht auch Sensibilisierungsmaßnahmen zur raschen Problemerkennung, vor allem aber die niederschwellige Möglichkeit für Hilfestellung sowie ein geeignetes Instrumentarium für konstruktive Problemlösungen.“

Der Unterrichtsausschuss hat den gegenständlichen Entschließungsantrag in seiner Sitzung am 18. März 2021 in Verhandlung genommen. An der Debatte beteiligten sich außer der Berichterstatterin Abgeordneten Mag. Martina **Künsberg Sarre** die Abgeordneten Katharina **Kucharowits**, Hermann **Brückl**, MA, MMMag. Gertraud **Salzmann**, Mag. Dr. Sonja **Hammerschmid**, Petra **Vorderwinkler**, Mag. Sibylle **Hamann**, Nico **Marchetti** und Nurten **Yilmaz** sowie der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung Dr. Heinz **Faßmann**.

Im Zuge der Debatte haben die Abgeordneten Mag. Sibylle **Hamann** und Mag. Dr. Rudolf **Taschner** einen selbständigen Entschließungsantrag gem. § 27 Abs. 3 GOG-NR betreffend Ausbau des psychosozialen schulischen Unterstützungspersonals eingebracht, der mit Stimmenmehrheit (**für den Antrag: V, G dagegen: S, F, N**) beschlossen wurde.

Der den Verhandlungen zu Grunde liegende Entschließungsantrag 1313/A(E) der Abgeordneten Mag. Martina **Künsberg Sarre**, Kolleginnen und Kollegen fand nicht die Zustimmung der Ausschussmehrheit (**für den Antrag: S, F, N dagegen: V, G**).

Zur Berichterstatterin für den Nationalrat wurde Abgeordnete MMMag. Gertraud **Salzmann** gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Unterrichtsausschuss somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle

1. diesen Bericht hinsichtlich des Entschließungsantrags 1313/A(E) zur Kenntnis nehmen und
2. die **angeschlossene Entschließung** annehmen.

Wien, 2021 03 18

MMMag. Gertraud Salzmann

Berichterstatterin

Mag. Dr. Rudolf Taschner

Obmann

